

Der Mapuche-Konflikt

Entstehung und Status Quo



Impressum

Für Menschenrechte. Weltweit.

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Postfach 2024, D-37010 Göttingen
Tel.: +49 551 49906-0
Fax: +49 551 58028
E-Mail: info@gfbv.de
Internet: www.gfbv.de

SPENDENKONTO: 1909
BLZ 260 500 01
Sparkasse Göttingen



Die GfbV ist eine Menschenrechtsorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten; NGO mit beratendem Status bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat. Sektionen/Büros in Arbil, Bern, Bozen, Göttingen/Berlin, London, Luxemburg, NewYork, Pristina, Sarajevo/Srebrenica, Wien

Text: Nicole Jullian

Redaktion: Yvonne Bangert, Sarah Reinke

Layout: Tanja Wieczorek, Hanno Schedler

Titelphoto: Massimo Falqui Massidda

Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker im Januar 2013

Inhaltsverzeichnis:

Der Mapuche-Konflikt - Entstehung und Status Quo

| | |
|--|----|
| 1. Einleitung..... | 5 |
| 2. Mapuche-Konflikt: Landraub, Kriminalisierung, Landbesetzungen | 5 |
| 3. Die Anwendung von Ausnahmegesetzen gegen die Forderung nach Landrückgabe der Mapuche | 8 |
| 4. Fazit..... | 10 |

1. Einleitung

Der Mapuche-Konflikt im Süden Chiles hat am Freitag, den 04. Januar 2013, neue Opfer gefordert. Bei einem Brandanschlag auf das Wohnhaus des Ehepaares Werner Luchsinger und Vivianne McKay auf der Farm Lumahue in Vilcún kamen die betagten Eheleute ums Leben. Bisher ist nicht geklärt, wer dafür verantwortlich ist. Ein Bekenner schreiben liegt nicht vor. Die Familie Luchsinger war Anfang des 20. Jahrhunderts aus der Schweiz in Chile eingewandert und hatte 1906 den Grundstock für ihren heutigen Großgrundbesitz im traditionellen Gebiet der Mapuche gelegt. Die Mapuche erheben Anspruch auf dieses Land. Der Konflikt zwischen der Familie Luchsinger und der Landbewegung der Mapuche zeigt, wie weit in die Geschichte des Landes die Wurzeln der Auseinandersetzungen zurückreichen. Die Verbitterung aufseiten der Mapuche ist auch deshalb besonders groß, weil durch die Diktatur unter General Augusto Pinochet (1973-1990) eine unter seinem Vorgänger Salvador Allende (1970-1973) durchgeführte Landreform zurückgenommen und ihnen damit die Lebensbasis entzogen wurde. Sie leiden unter der Enteignung und der Auflösung ihres gemeinschaftlichen Landbesitzes bis heute. Entschädigt wurden sie nicht.

2. Der Mapuche-Konflikt: Landraub, Kriminalisierung, Landbesetzungen

Laut der Volkszählung aus dem Jahr 2002 identifizieren sich 692.192 Personen (4,6% der gesamten Bevölkerung Chiles) als Indigene. Davon waren 604.349 Mapuche. Sie leben in den Regionen Bío-Bío und la Araucanía im Süden des Landes und bilden die größte ethnische Minderheit Chiles. Viele Mapuche hatten damals jedoch aufgrund der starken Repression Angst, sich zu ihrer ethnischen Zugehörigkeit zu bekennen. Hinzu kamen Irritationen aufgrund der Formulierung der Erfassungsbögen. Mapuche-Organisationen erhoben zudem den Vorwurf, dass nur die auf dem Land lebenden Mapuche erfasst wurden, nicht jedoch diejenigen, die in die Städte abgewandert waren. Es kann daher davon ausgegangen werden, dass die tatsächliche Anzahl der Mapuche höher liegt, je nach Quelle zwischen 900.000 und 1.400.000.

Geschichte des Landraubs

Die Mapuche fordern seit Jahren die Rückgabe der ihnen seit der Unabhängigkeit des chilenischen Staates und besonders während der Zeit der Diktatur unter Augusto Pinochet geraubten Territorien. Diese Forderung hat geschichtliche Hintergründe und bezieht sich ursprünglich auf die Zeit zwischen 1862 - 1881, die heute von Fachleuten kritisch als „militärische Besetzung der Araucanía“ betrachtet wird. In der offiziellen Gesichtsschreibung wird diese Phase hingegen mit dem Euphemismus „Pazifizierung der Araucanía“ bezeichnet.¹ Bis 1881 vereitelten die Mapuche jegliche Bemühungen des

¹ José Bengoa 2000: Historia Del Pueblo Mapuche: Siglos XIX y XX, Ed. Lom Ediciones.

spanischen Kronrats und später der chilenischen Regierung, in ihren traditionellen Territorien zu siedeln. Konkretes Ergebnis der „Pazifizierung“ war die Reduzierung der Mapuche-Territorien von 10 Mio. Hektar auf 500.000 Hektar und die Vergabe von ersten Landtiteln an nicht-indigene Siedler.² Ab 1866, als in Chile die ersten Gesetze zur Regelung von Landbesitz erlassen wurden,³ strebte der chilenische Staat den Bau neuer Siedlungen und die „Zivilisierung“ der Region südlich des mächtigen Bío-Bío Flusses an, der bis dahin die Grenze zum autonomen Gebiet der Mapuche gebildet hatte.⁴ Die Anfang des 20. Jahrhunderts in Chile gegründete „Agencia General de Inmigración y Colonización de Chile“ (Generalstelle für Immigration und Kolonisierung) war zuständig für die Verteilung großer Ländereien an chilenische und ausländische Kolonisten.⁵

Die militärische Unterstützung des chilenischen Staates ermöglichte die Landtitelvergabe und dadurch die Auflösung der gemeinschaftlich verwalteten Ländereien sowie die Enteignung von Hügeln und Bergland in den traditionellen Territorien der Mapuche. Die Parzellierung der Ländereien zwang die Mapuche zur Anpassung an die Landwirtschaft in kleinen Betrieben. Ihr Leben in Freiheit und Selbstbestimmung wurde zerstört, ebenso viele ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Traditionen. Der chilenische Anthropologe José Bengoa bezeichnet dieses historische Ereignis als ein dunkles Kapitel der chilenischen Geschichte und geht davon aus, dass hier der heutige Mapuche-Konflikt seine Wurzeln hat. Seiner Meinung nach dauern die Übergriffe des chilenischen Staates bis heute an.

Auch während der Diktatur von General Augusto Pinochet (1973-1990) gab es Übergriffe gegen die Mapuche. Jegliche Bemühungen der Präsidenten Eduardo Frei (1964 bis 1970) und Salvador Allende (1970-1973) darum, im Rahmen der Agrarreform auf die Forderungen der Mapuche nach Landrückgabe und Verbesserungen auf dem Bildungssektor und im Gesundheitswesen einzugehen, waren vergeblich.⁶ Das Gesetz zum Schutz der indigenen Bevölkerung, das 1971 in Kraft trat, wurde z.B. durch das Dekret 2568 von 1979 modifiziert. Artikel 1 des Dekretes besagt, dass "(...) ab dem Zeitpunkt der Auflösung [der Gemeinschaft] die Ländereien nicht mehr als Ureinwohnerland zu betrachten und die Eigentümer keine Ureinwohner mehr sind."

² Pedro Cayuqueo 2012: Solo por ser indios, Ed. Catalonia; José Bengoa 2007: Historia de un conflicto. Los Mapuches y el Estado nacional durante el siglo XX, Planeta.

³ José Bengoa 2007: Historia de un conflicto. Los Mapuches y el Estado nacional durante el siglo XX, Planeta.

⁴ Bengoa: 2000.

⁵ CEPAL / CELADE 2009: Conocer para legislar y hacer política: Los desafíos de Chile ante un nuevo escenario migratorio, in: <http://www.eclac.org/publicaciones/xml/8/37498/lcl3086-P.pdf>.

⁶ Georg Fiedeler 1987: Mapuche in Chile: Geschichte, Kultur und soziale Realität eines bedrohten Volkes, Institut für Soziologie Universität Hannover.

„Das Gesetz ermöglichte die Auflösung der gemeinschaftlich verwalteten Ländereien und ihre Parzellierung in Privatbesitz, der verkauft werden durfte. Um es zur Anwendung zu bringen reichte es aus, wenn ein einziger Angehöriger einer Mapuche-Gemeinschaft auch ohne Zustimmung der übrigen den Wunsch zur Auflösung des Gemeinschaftsbesitzes äußerte.“⁷

Betrachtet man die Geschichte der Gesetze zur Regelung von Landbesitz, so lässt sich feststellen, dass die Besatzungspolitik im Süden bis heute auf eine Aufteilung der Ländereien der Mapuche und ihre Assimilation abzielt.⁸ Obwohl der chilenische Kongress im Jahr 2008 die ILO-Konvention 169 ratifiziert hat, verletzt die chilenische Regierung weiterhin das essentielle Recht auf Selbstbestimmung der indigenen Völker.

Reaktion der Mapuche: Landbesetzungen

Auf die Übergriffe des chilenischen Staates reagiert die Mapuche-Bevölkerung seit den 1990er Jahren mit meist friedlichen Landbesetzungsaktionen. Gewalt richtet sich wenn überhaupt gegen Sachen, nicht gegen Menschen. So adressieren die Mapuche derzeit mit ihren Forderungen in erster Linie die chilenische Regierung, da diese im Zusammenhang mit den von ihr initiierten Kolonisierungsmaßnahmen geraubtes Land an die Kolonisten verteilt hat.⁹ Der Unmut der Mapuche richtet sich aber auch gegen Großgrundbesitzer, Energie- und Zellulosekonzerne, die in ihrem traditionellen Gebiet tätig sind und dabei auf Umwelt- oder Gewässerschutz wenig Rücksicht nehmen. Unabhängig von der jeweiligen Regierungskoalition strebt der chilenische Staat ein kontinuierliches, bedingungsloses Wirtschaftswachstum an – auf Kosten der Armen und der indigenen Bevölkerung. So wurde Chile aktuell zu einem der am stärksten industrialisierten Länder Südamerikas, mit einer extrem ungleichen Verteilung des Wohlstands. Der Mapuche-Konflikt ist eindeutig ein politisches Problem.

⁷ Gesellschaft für bedrohte Völker 2007: Staatlich institutionalisierte Gewalt in Chile. Mapuche fordern Wahrheit und Gerechtigkeit, in: <http://www.gfbv.de/inhaltsDok.php?id=969>.

⁸ Elizabeth Parmelee 1990: Decreto de Ley 2568 sus efectos e implicancias, in: <http://www.mapuche.info/mapuint/parm1.htm>; Peña Jumpa, Cabedo Mallo, López Bárcenas 2002: Constituciones, derecho y justicia en los pueblos indígenas de América Latina: análisis constitucional, Justicia y derecho oaxaqueño (México), Justicia y derecho aymara (Perú); José Aylwin 1994: Pueblos indígenas de Chile: Antecedentes históricos y situación actual, in: <http://www.educarchile.cl/Userfiles/P0001%5CFile%5Cindig%20chile.antec%20hist%20situac%20actual.pdf>.

⁹ Pedro Cayuqueo: 2012.

3. Die Anwendung von Ausnahmegesetzen gegen die Forderung nach Landrückgabe der Mapuche

Die Eskalation des Mapuche-Konflikts ist das Ergebnis einer Politik der chilenischen Regierungen seit der Rückkehr zur Demokratie 1990, welche die Grundrechte der ethnischen Minderheiten missachtet. Trotz einiger Bemühungen, bessere Beratungsmechanismen zu etablieren, z.B. durch die Gründung der „Corporación Nacional de Desarrollo Indígena“ CONADI (Nationale Gesellschaft für die Entwicklung der Ureinwohner), trotz des neuen Indigenengesetzes „Ley Indígena“ aus dem Jahr 1993 und trotz der Ratifizierung der ILO-Konvention 169 im Jahr 2008 zeichnen sich alle Regierungen in Chile dadurch aus, dass sie die berechtigten Forderungen der Mapuche durch die Anwendung von Ausnahmegesetzen abwehren.

Unter der Regierung von Präsident Patricio Aylwin (1990-1994) und im Kontext von Landbesetzungen wurden 144 Mitglieder der Mapuche-Organisation „Consejo de todas las Tierras“ inhaftiert. Rechtliche Grundlage war das Staatssicherheitsgesetz. Dieses Gesetz wurde 1958 erlassen. Angewandt wird es bei Straftaten gegen die öffentliche Ordnung und nationale Souveränität. Dieses Gesetz wurde 1997 erneut angewandt, als Vertreter der Mapuche drei Lastwagen von Forstkonzernen in der südlichen Region Lumaco in Brand setzten. Die Regierung unter Präsident Eduardo Frei (1994-2000) entsandte danach ein großes Kontingent an Polizisten in die Region. Der Konflikt verschärfte sich unter der Regierung des Sozialisten Ricardo Lagos (2000–2006) deutlich. Wesentliche Versprechen seiner Wahlkampagne wie die Vergabe von 150.000 Hektar Land an die Mapuche und die Modifizierung des Indigenen-Gesetzes hat er nicht eingehalten.¹⁰ Das Antiterrorgesetz, das aus der Zeit der Militärdiktatur von Augusto Pinochet stammt, setzte Lagos wieder in Kraft. Es lässt die Aussagen anonymer Zeugen zu, die von der Verteidigung nicht überprüft werden können. Es verbietet den Anwälten der Angeklagten Zugang zu den Ermittlungsakten in den ersten sechs Monaten des Verfahrens und erlaubt eine ungewöhnlich lange Untersuchungshaft von bis zu zwei Jahren. Bei den Prozessen gegen die Mapuche kommt hinzu, dass sie auch von der Militärjustiz verfolgt werden können, sobald ein Mitglied der Sicherheitskräfte bei einer Auseinandersetzung verletzt wird. Daher müssen sich viele der Gefangenen und inhaftierten Mapuche vor einem zivilen und zugleich vor einem militärischen Gericht verantworten.

Mapuche-Gemeinschaften beklagen seitdem polizeiliche Repression und die Straflosigkeit bei gegen sie gerichteten Vergehen: Der Polizist Marcos Treuer erschoss

¹⁰ Eduardo Mella (2012): El Estado chileno contra la protesta social 2000-2010. In: <http://www.sudhistoria.cl/wp-content/uploads/2012/09/Eduardo-Mella.pdf>.

2002 den 17-jährigen Mapuche Alex Lemún. Lemún hatte an einer friedlichen Landbesetzung teilgenommen, mit der Mapuche ihren Anspruch auf die Farm Santa Elisa bei Ercilla deutlich machten. Heute gehört diese Farm dem Forstunternehmen MININCO, dem zweitgrößten Forstunternehmen Chiles. Treuer wurde in erster Instanz wegen Körperverletzung mit Todesfolge verurteilt, in zweiter Instanz jedoch von der militärischen Justiz freigesprochen.

Auch unter der Regierung der Sozialistin Michelle Bachelet (2006 – 2010) kam es zu gewaltsamen Zwischenfällen gegen Mapuche: So wurde der 22-jährige Mapuche-Student Matías Valentín Catrielo Quezada am 3. Januar 2008 vom Polizisten Walter Ramírez durch mehrere Kugeln in den Rücken ermordet, nachdem er an der friedlichen Besetzung des Grundstücks Santa Margarita von Jorge Luchsinger teilgenommen hatte. Ramírez wurde zu einer Strafe von drei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt, die er im Dienst verbüßen durfte. Am 18. Januar 2013 wurde Ramírez jedoch aus dem Polizeidienst erlassen. Gedenkkundgebungen aus Anlass des Todestages von Matías Valentín Catrielo Quezada markierten zu Beginn des Jahres 2013 den Anfang einer neuerlichen Eskalation der Gewalt, die schließlich zum Tod des Ehepaares Luchsinger/McKay führten. Walter Luchsinger war ein Cousin von Jorge Luchsinger

Jaime Mendoza Collio wurde im Jahr 2009 im Alter von 24 Jahren durch den Polizisten Miguel Patricio Jara Muñoz erschossen, als er zusammen mit den Familien der Gemeinschaft „Requén Pillán“ die Farm San Sebastián besetzt hatte. Die Farm gehört heute den Forstunternehmern MININCO und Bosques Arauco. Zwar wurde der Polizist Patricio Jara zu einer Haftstrafe von fünf Jahren verurteilt. Die militärische Justiz annullierte diese Strafe jedoch im August 2012. Dies sind nur die Fälle von Mapuche, die während Landrechtsauseinandersetzungen ums Leben kamen. Insgesamt kamen seit 2002 mittlerweile mindestens acht Mapuche im Zuge von überzogener Polizeigewalt zu Tode. Dabei handelt es sich um Jorge Antonio Suárez (2002), Edmundo Alex Lemun Saavedra (2002), Julio Alberto Huentecura Llancaleo (2004), Xenón Alfonso Díaz Necul (2005), Juan Valentín Collihuín Catrill (2006), Matías Valentín Catrielo Quezada (2008), Jhonny Cariqueo Yanez (2008), Jaime Facundo Mendoza Collio (2009).

Die Regierung Bachelet versuchte zwar, das Antiterrorgesetzes zu reformieren, konnte sich damit aber nicht durchsetzen. Zwei Gesetzänderungen 2006 und 2009 scheiterten, 2007 wurde zudem ein Arbeitskreis zur Reform der Militärjustiz einberufen.¹¹ Ziel dieser Reform war, Zivilpersonen der Gerichtsbarkeit der Militärjustiz zu entziehen. Keine der beiden Reformen war jedoch erfolgreich.

¹¹ Siehe El Mostrador vom 16.09.2013: “No voy a entrar en polémica con dos ex ministros” sobre el tema mapuche, in: <http://www.elmostrador.cl/noticias/pais/2010/09/16/bachelet-%E2%80%9Cno-voy-a-entrar-en-polemica-con-dos-ex-ministros%E2%80%9D-sobre-el-tema-mapuche/>.

Die Abschaffung der Anwendung des Antiterrorgesetzes und der doppelten Gerichtsbarkeit sind seit langem Hauptforderungen der Mapuche, so auch der drei inhaftierten Mapuche, die jeweils am 14. November und 24. Dezember 2012 einen Hungerstreik begonnen haben. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Berichts am 23.01.2013 hielt der Hungerstreik noch an. Hierbei lässt die Regierung des Präsidenten Piñera keine Bereitschaft zum Einlenken erkennen. Nach Angabe der Comisión Etica contra la Tortura (chilenische Ethikkommission gegen die Folter) war die Situation der Inhaftierten bis Juli 2012 wie folgt: Ein Mapuche beging Selbstmord in Haft, zehn Mapuche verbüßen eine Strafe, sechs sind verurteilt, genießen aber „Haftverschönerung“ und 24 sind inhaftiert und warten auf einen Strafprozess.¹²

4. Fazit

Die Gesellschaft für bedrohte Völker beobachtet die neuerliche Eskalation der Gewalt im Mapuche-Gebiet mit größter Sorge und warnt davor, vorschnell Schuld zuzuweisen und die Mapuche weiter an den Rand zu drängen. Noch liegen im Fall des Brandanschlags Luchsinger keine Bekennerschreiben vor. Zahlreiche Stimmen der Mapuche, darunter auch die CAM,¹³ wiesen die Verantwortung für den Brandanschlag zurück.

Dennoch gehen sowohl die Regierung als auch die Staatsanwaltschaft von einer Verbindung des Brandanschlags mit dem Mapuche-Konflikt in der Region Araucanía aus. Ein 26-jähriger Mann wurde als Verdächtiger in nächster Nähe der Farm der Familie Luchsinger festgenommen, nachdem er durch Schüsse verletzt worden war. Die Regierung überlegt grundsätzlich, den Ausnahmezustand zu verhängen und droht erneut mit der Anwendung des Antiterrorgesetzes für die Untersuchung des Brandanschlags. Die GfbV wirft der chilenischen Regierung vor, damit Öl ins Feuer des Mapuche-Konfliktes zu gießen. Die Forderungen der Mapuche nach Rückgabe ihres Landes sind berechtigt. Deshalb müssen sofort zwischen allen Beteiligten Gespräche aufgenommen werden, um weitere Opfer zu verhindern.

Das übergeordnete Ziel der Proteste der Mapuche ist die Landrückgabe. Sie kämpfen aber auch gegen ihre sozioökonomische Benachteiligung, die durch die Aktivitäten der Forstindustrie in der Mapuche-Region verursacht wird. Sie engagieren sich für kulturelle Anerkennung, für faire Prozesse im Falle der Inhaftierten und ein Ende der Anwendung des Antiterrorgesetzes. Außerdem dürfe die Militärjustiz keine Prozesse gegen Mapuche führen. Die als politische Gefangene inhaftierten Mapuche müssten freigelassen und

¹² Comisión Etica contra la Tortura 2012: „La tortura es el miedo a las ideas de los otros“. Report 2012, in: <http://www.indh.cl/wp-content/uploads/2012/07/CECT-Informe-2012.pdf>.

¹³ CAM ist die Abkürzung für Coordinadora Arauco Malleco. Sie ist eine Mapuche-Organisation, die sich seit 1998 für die Rückgewinnung der geraubten Territorien einsetzt.

rehabilitiert werden. Die Siedlungsgebiete der Indigenen müssten entmilitarisiert werden.

In einem Schreiben an die Gesellschaft für bedrohte Völker vom 28.12.2012 erkennt die chilenische Regierung an, dass Chile eine multikulturelle Gesellschaft sei. Die Regierung Piñera lege Wert auf einen respektvollen und nicht-diskriminierenden Umgang mit den in diesem Land lebenden Indigenen. Die tatsächliche Kriminalisierung der Mapuche, die ihr Land zurückfordern, widerspricht dieser Aussage.¹⁴ Nun hat der chilenische Innenminister, Andrés Chadwick, die Mapuche erneut als mächtige und gut organisierte Feinde bezeichnet.¹⁵ So wird die politische Essenz des Mapuche-Konflikts abgestritten und der Kern der Forderung der Mapuche nach Landrückgabe ignoriert. Statt mit den Mapuche zu verhandeln und die Fragen im Gespräch zu lösen, hat sich die Regierung wieder für eine kurzfristige repressive Lösung entschieden.

¹⁴ Die These der Kriminalisierung der Mapuche-Proteste ist ausführlich aufgestellt worden. Siehe: Felipe Acuna Rus 2010: Criminalización de la protesta & judicialización de las demandas sociales, in: <http://www.derechoyhumanidades.uchile.cl/index.php/RDH/article/viewFile/16019/16535>; Eduardo Mella Segel 2007: Los Mapuches ante la justicia: La criminalización de la protesta indígena en Chile, Lom Ediciones; Myrna Villegas 2009: El Mapuche como enemigo en el Derecho (Penal), in: http://www.cienciaspenales.net/descargas/idp_docs/doctrinas/mapuche%20actor%20social%20enemigo.pdf.

¹⁵ Siehe Radio Universidad de Chile vom 05. Januar 2013: “Araucanía: Ministro del interior recalca en enemigo poderoso y organizado y evalúa Estado de Excepción”, in: <http://radio.uchile.cl/noticias/186124/>.